



PM 003/03

08.01.03

Langen: Bundesregierung muss wirtschaftspolitischen Offenbarungseid als Europas Wachstumsbremse leisten

Die heute von der EU-Kommission verabschiedete Empfehlung an die Bundesregierung im Rahmen des gegen Deutschland laufenden Defizitverfahrens hat der EVP-ED-Wirtschaftsexperte Werner Langen (CDU) als "wirtschaftspolitischen Offenbarungseid" bezeichnet. So habe Wirtschafts- und Währungskommissar Solbes die bisher von der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen zur Senkung des deutschen Haushaltsdefizits klar als unzureichend eingestuft und dieser eine Frist für weitere Sparmaßnahmen bis zum 21. Mai gesetzt. "Noch nie ist eine deutsche Regierung für ihre Wirtschafts- und Haushaltspolitik in solch einer vernichtenden Art und Weise abgewatscht worden. Dies zeigt deutlich, dass das Gespann Schröder/Eichel als stolzer Besitzer der roten Laterne in Europa auch schon vor der Bundestagswahl gelogen hat", sagte Langen heute in Brüssel.

Anstatt der Wahrheit jetzt wenigstens ins Auge zu sehen, betreibe Berlin weiterhin Zweckoptimismus und gehe von einer viel zu hohen Wachstumsrate von 1,5 Prozent für 2003 aus, in der Hoffnung dadurch wieder das Defizitkriterium zu erfüllen. Gleichzeitig habe sich seit dem rot-grünen Regierungsantritt das deutsche Defizit konjunkturbereinigt von 1,4 Prozent auf 3,3 Prozent mehr als verdoppelt. Und dies, obwohl der Kanzler der ruhigen Hand seit 1999 die größte Steuer- und Abgabexplosion der Nachkriegsgeschichte zu verantworten habe. Da Berlin die Kraft für Steuer- und Abgabensenkungen ebensowenig aufbringe wie für die notwendigen Reformen zur Verringerung der Arbeitslosenquote, werde der nächste EU-Finanzministerrat am 21. Januar um die Einleitung der zweiten Stufe des Defizitverfahrens folglich nicht umhin kommen.

Der CDU-Europaabgeordnete bezeichnete es in diesem Zusammenhang als besonders beschämend, dass die EU-Kommission Deutschland bei der Haushaltskonsolidierung die schlechtesten Noten von allen vier Staaten gibt, die gegen das Defizitkriterium von maximal 3 Prozent Nettoneuverschuldung verstoßen haben. "Wir können es drehen und wenden wie wir wollen, diese Regierung hat schon jetzt abgewirtschaftet und ihre Inkompetenz eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Das nächste Fanal für Schröder wird deshalb bei den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen folgen", so Langen abschließend.